

A N F R A G E

gemäß § 8 der Geschäftsordnung für den Rat der Universitätsstadt Siegen
und seine Ausschüsse

Anfragesteller/in	Volt- Fraktion
Eingang	09.04.2024
Federführend	GB 4, Abt. 4/4

Beratungsfolge:

☒ öffentlich

☐ nichtöffentlich

Bauausschuss

08.05.2024

Betreff:

**Brandschutz in städtischen Liegenschaften
- Anfrage der Volt-Fraktion**

Antwort:

Grundsätzlich ist gem. § 70 BauO NRW 2018 lediglich bei sog. „*großen Sonderbauten*“ ein Brandschutzkonzept mit einem Bauantrag einzureichen. Die Definition großer Sonderbau erfolgt gem. § 50 BauO NRW 2018.

Handelt es sich um keinen sogenannten „*großen Sonderbau*“, so ist gem. § 64 Abs.1 Nr.1d der Brandschutz ebenfalls zu prüfen. In diesem Fall ist aber kein Brandschutzkonzept vorzulegen, es genügt entweder eine Aussage zum Brandschutz seitens des Planenden oder ggf. die Vorlage einer *brandschutztechnischen Stellungnahme* .

Brandschutzkonzepte wurden grundsätzlich erst seit der Neuerung der BauO NRW aus dem Jahr 2000 erforderlich, unter denselben Voraussetzungen wie bereits oben ausgeführt. Lediglich die Definition des „*großen Sonderbaus*“ wurde fortlaufend angepasst/umgeändert.

Vor 2000 gab es keine *Brandschutzkonzepte*, maximal erfolgten brandschutztechnische Angaben in den Plänen zum Bauantrag.

Sofern also ein Objekt vor 2000 errichtet wurde, besteht zunächst einmal Bestandschutz für diese Gebäude. Dieser sogenannte Bestandschutz findet jedoch seine Grenzen:

Bei Nutzungsänderung, Um- oder Anbauten:

Sobald eine wesentliche Änderung, Um- oder Anbauten stattfinden, die einer Baugenehmigung bedürfen, muss dem Bauantrag ein Brandschutzkonzept (BSK) hinzugefügt werden. Das BSK muss jedoch nicht zwangsläufig für das gesamte Objekt erstellt werden! Hier kann in Abstimmung mit Planer, Fachplaner und Bauaufsicht ein bestimmter Bereich (Brandabschnitt) festgelegt werden.

Sind die Maßnahmen derart weitreichend und betreffen das gesamte Objekt, so ist ein BSK auch entsprechend für das Gesamtobjekt vorzulegen.

Anpassungsverlangen nach § 59 BauO NRW:

Ein Anpassungsverlangen baulicher Gegebenheiten kommt lediglich dann in Frage, wenn ein bestehendes Objekt derart von den aktuell vorhandenen baurechtlichen Anforderungen abweicht, dass eine konkrete Gefahr besteht. Die Anpassung dient der akuten Sicherstellung für Leben oder Gesundheit. Stellt die Bauaufsicht fest, dass ein solcher Fall vorliegt, müssen Maßnahmen getroffen werden. Sind diese Maßnahmen so weitreichend, dass es hierfür einer Baugenehmigung bedarf, so ist ggf. auch ein BSK erforderlich. In solch einem Fall muss auch hier wieder die Abstimmung zwischen Planer, Fachplaner und Bauaufsicht stattfinden, um den Prüfungsumfang festzulegen; beispielsweise die Erstellung eines BSK für einen Teilbereich oder das gesamte Objekt.

Grundsätzlich liegt ein solches Anpassungsverlangen vor bei

- funktionsuntüchtigem Treppenhaus,
- fehlendem 2. notwendigem Rettungsweg,
- nicht sichergestelltem 1. Rettungsweg oder
- nicht ausreichender Anzahl und Breiten bei Notausgängen.

Eine ständige Evaluation des Brandschutzes von Sonderbauten stellt der Gesetzgeber auch über die *Verordnung über die Prüfung technischer Anlagen und wiederkehrende Prüfungen von Sonderbauten* (Prüfverordnung - PrüfVO NRW) vom 24.11.2009 sicher.

Demnach hat die Bauaufsichtsbehörde in Zeitabständen von höchstens drei Jahren

- Verkaufsstätten im Sinne der Sonderbauverordnung und
- Versammlungsstätten im Sinne der Sonderbauverordnung

und in Zeitabständen von höchstens sechs Jahren

- Krankenhäuser,
- Beherbergungsstätten im Sinne der Sonderbauverordnung mit mehr als 60 Betten,
- Hochhäuser mit mehr als 60 m Höhe,
- Großgaragen im Sinne der Sonderbauverordnung,
- allgemeinbildende und berufsbildende Schulen, soweit sie nicht ausschließlich der Unterrichtung Erwachsener dienen,
- Einrichtungen mit Räumen für Pflege- und Betreuungsleistungen von mehr als insgesamt 1.600 m² Bruttogrundfläche in einem Gebäude und

- Kindergärten und Horte mit mehr als 4 Gruppen zu prüfen.

Bei der wiederkehrenden Prüfung überprüft die Bauaufsichtsbehörde, ob das Gebäude nach den Vorgaben der Baugenehmigung genutzt wird.

Dabei ist auch die Einhaltung der Betriebsvorschriften zu überwachen und festzustellen, ob die Prüfungen der technischen Anlagen fristgerecht durchgeführt und etwaige Mängel beseitigt worden sind. Der Feuerwehr - der zuständigen Behörde für die Brandschau - ist Gelegenheit zur Teilnahme an den Prüfungen zu geben. Dies erfolgt bei den städtischen Gebäuden über die Beteiligung der Brand-schutzdienststelle der Feuerwehr Siegen.

Aufgrund der zuvor dargestellten Sachverhalte müsste für eine detaillierte Auflistung aller städtischen Liegenschaften das Bestehen oder nicht Bestehen von Brandschutzkonzepten bzw. deren Notwendigkeit betreffend zunächst eine Analyse aller einzelnen Baugenehmigungsakten mit einhergehender Bewertung erfolgen. Dieser Aufwand ist immens und würde mindestens Monate an Arbeitszeit in Anspruch nehmen.

Zur Feuerversicherung (5.):

Die städtischen Gebäude sind über eine Rahmenvereinbarung mit Sonderkonditionen bei der *Provincial*, bzw. der *Feuer Schaden Gemeinschaft* versichert. Jedes Gebäude wird jedoch mit einer separaten Versicherungsscheinnummer geführt. Insofern ergibt sich die Höhe der pro Objekt zu zahlenden Einzelprämie aus dem Wert/Bauart des Gebäudes (hier i.d.R. die Versicherungssumme 1914), da diese zum gleitenden Neuwert versichert sind. Ein ausreichender Brandschutz und somit Versicherungsschutz, ist als gegeben anzunehmen, wenn das Gebäude die gültigen Normen des Brandschutzes zum Zeitpunkt der Errichtung erfüllen.

Eine, auf die heutigen Standards des Brandschutzes abstellende Risikobewertung der Bestandsgebäude, ist nicht erforderlich. Die Höhe der Versicherungsprämie wird von den unterschiedlichen zeitlichen Standards des seinerzeit geltenden Brandschutzes nicht tangiert. (Ausnahmen Denkmalschutz usw.).